

Es ist uns keine Ehre!

Aktion 20 Jahre Medibüro sind genug - und trotzdem geht es weiter

Von Burkhard Bartholome, Jessica Groß und Elène Misbach

Das Medibüro – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant_innen – hat Jubiläum: Seit 20 Jahren vermittelt das Medibüro Berlin Menschen ohne Aufenthaltsstatus oder ohne Krankenversicherung an Ärzt_innen und weitere Fachkräfte in der Gesundheitsversorgung, die bereit sind, anonym und kostenlos zu behandeln. Aus Spenden werden Medikamente oder Operationen bezahlt. Last but not least setzt sich das Medibüro politisch für die Eingliederung in die reguläre Gesundheitsversorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein. Das Ziel, die eigene Arbeit überflüssig zu machen, scheint jedoch in weite Ferne gerückt: Von Beginn an füllt das Medibüro vom Gesetzgeber verursachte Versorgungslücken durch die unentgeltliche oder »ehrenamtliche« Arbeit eines umfangreichen Netzwerks von Ärzt_innen, Psycholog_innen, Hebammen und weiteren engagierten Menschen aus Gesundheits- und Pflegeberufen.

Nicht nur die Unterbringung von Geflüchteten in Lager- und Turnhallen, Zelten und Containern oder das wochenlange Warten vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) erscheinen als unvermeidlich. Geprägt vom »Eindruck des Ausnahmezustands« (Graf in ak 613) erscheint auch die Übernahme existenzsichernder Aufgaben durch Ehrenamtliche als alternativlos – wie z.B. die Gesundheitsversorgung für Geflüchtete. In Erfüllung »staatlich erwünschter Solidarität« (Bröse/Friedrich in ak 607) ersetzen sie im Handumdrehen staatliche Pflichtaufgaben und reproduzieren die Unersetzlichkeit ihrer Hilfe, wenn sie bei humanitärer Wohltätigkeit stehen bleiben (Maurer in ak 610). Damit wurde eine ganz neue Gruppe in das Feld der unentgeltlichen Arbeit katapultiert. Nicht nur Illegalisierte, die den Kontakt mit Behörden meiden, sind aus der regulären Versorgung ausgegrenzt, sondern auch die, die den Kontakt zu den Behörden suchen und aufgrund deren Unfähigkeit keine Krankenscheine bekommen.

Der Spagat in der politischen Ökonomie des Helfens

Unter den gegebenen Bedingungen ist das ehrenamtliche Engagement als praktische Hilfe humanitär gesehen alternativlos. Auch sein antirassistisches Potenzial ist angesichts der Zeiten von Pegida, bedrohlichen Wahlerfolgen der AfD und täglichen Übergriffen auf Geflüchtete nicht zu unterschätzen. Gleichzeitig zeigen sich in dieser Alternativlosigkeit und der gezielten staatlichen Indienstnahme der Hilfe zentrale Probleme, die verdeckt bleiben, wenn die politische Ökonomie des Helfens ausgeblendet wird: Was auf den ersten Blick auch in aktuellen Förderprogrammen der Engagementpolitik so ehrenwert und wunderbar klingt – nachbarschaftliches Miteinander, Kultur des Helfens – »basiert tatsächlich auf dem Abbau sozialer Rechte und revitalisiert anti-emanzipatorische Formen des Helfens, die durch persönliche Abhängigkeit, Ungewissheit und Hierarchien zwischen vermeintlichen Wohltäter_innen und Hilfsbedürftigen geprägt sind«. (1) Im »aktivierenden Wohlfahrtsstaat« (2) wird Engagement und Freiwilligenarbeit neben der unbezahlten Sorge-Arbeit zunehmend auch im Bereich von Flucht und Migration eingefordert und ausgebeutet.

Damit sind Spannungsfelder und Fallstricke umrissen, in denen sich das Medibüro Berlin seit zwanzig Jahren bewegt: Als antirassistische Initiative versucht es, den alltäglichen Spagat zwischen praktischer Unterstützungsarbeit und der Erzeugung von politischem Druck auszuhalten. Das heißt mit Blick auf die Gesundheitsversorgung, den Staat dazu zu bringen, für einen diskriminierungsfreien Zugang zu einer fachlich qualifizierten Gesundheitsversorgung im Regelsystem zu sorgen und gleichzeitig durch autonom aufgebaute Strukturen konkrete Abhilfe zu schaffen – womit paradoxerweise wieder politischer Druck herausgenommen wird.

Es wird eine Parallelstruktur etabliert, die politisch nicht gewollt ist: Das Medibüro möchte nicht als Lückenfüller im deutschen Sozialsystem fungieren und den Anschein erwecken, politische Lösungen seien angesichts seiner unentgeltlichen Unterstützung nicht mehr von Nöten. Tatsächlich ist eine ausreichende Gesundheitsversorgung durch freiwillige, allein spendenfinanzierte Projekte strukturell nicht leistbar – bei allem Engagement der Beteiligten bleibt sie immer defizitär.

Auch das Dilemma, durch informelle Unterstützungsstrukturen paternalistisch geprägte Abhängigkeitsverhältnisse zu zementieren, ist nicht von der Hand zu weisen. Selbst wenn stets auf die Widersprüche der eigenen Arbeit hingewiesen wird, und die konkrete Unterstützungsarbeit einher geht mit der solidarischen Perspektive auf das Recht auf Rechte – bestimmte Fallstricke und Widersprüche bleiben dennoch bestehen. Sie können nur durch eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse aufgelöst werden.

Das gilt von Beginn an. Weil in migrantischen Communities gerade die medizinische Versorgung nicht ausreichend organisiert werden konnte, gründeten sich vor 20 Jahren die ersten Medibüros. Ziel war eine möglichst weitgehende Vermittlung in die Regelversorgung. Es stellt sich immer wieder die Frage: Wie weit soll dieses ungenügende Parallelsystem ausgebaut werden? Sollen hierfür gar bezahlte Stellen geschaffen werden? Eine solche Professionalisierung wurde von Beginn an abgelehnt. Inzwischen verfügen vereinzelt einige der bundesweit etablierten 33 Medibüros über bezahlte Stellen – was in der Vergangenheit mitunter auch skurrile Blüten hervorgebracht hat: Mit Verweis auf die notwendige Absicherung der eigenen Stellen erscheinen dann auch Spendenkampagnen unter dem Motto »Helfen Sie uns helfen« legitim – Kampagnen, die angelehnt sind an die von professionellen Hilfsorganisationen aus der Entwicklungspolitik mit klassisch-kolonial geprägten Bildern von »schwarzen« hilfebedürftigen, passiven Menschen und »weißen« aktiven ehrenvollen Helfer_innen. Weder die Aktivist_innen der Medibüros noch die beteiligten Engagierten im Netzwerk sind vor solchen Fallstricken gefeit. »Gut gemeint« können sie sich ungewollt im »Rassismus des Helfens« (Byakuleka in ak 613) wiederfinden.

Ist es moralisch oder politisch vertretbar, die Unterstützung nicht weiter (professionell) auszubauen und den Betroffenen folglich mögliche Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung vorzuenthalten? Oder wird im Parallelsystem den Betroffenen langfristig eine defizitäre humanitäre Hilfe angeboten, statt sie bei der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche effektiver zu unterstützen? Und wer entscheidet darüber, welche Strategien verfolgt werden? Die Medibüros setzen sich überwiegend aus »weißen Mittelklasse-Aktivist_innen« zusammen. In Berlin sind wir in den vergangenen 20 Jahren gescheitert, dies grundlegend zu ändern. In Diskussionen mit selbstorganisierten migrantischen Gruppen wurde schon früh deutlich, dass auch kleinschrittige politische Verbesserungen legitim sind – waren diese zuvor von den meist »weißen« Unterstützer_innen als politisch nicht weitreichend genug und

vermeintlich kontraproduktiv für die langfristige Umsetzung des Rechts auf Gesundheit abgelehnt worden. Mit Blick auf die spärlichen Proteste gegen die jüngsten massiven Asylrechtsverschärfungen im Windschatten der offiziell gepriesenen »Willkommenskultur« wird deutlich: Der politische Spielraum ist relativ gering. Dennoch ist es nötig, Handlungsräume soweit wie möglich zu nutzen und zu erweitern – durch antirassistische Bündnispolitik und gleichzeitig kleinteilige realpolitische Gremienarbeit.

Solidarität statt »White Charity«

Rund um zahlreiche Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte sind auch in Berlin Willkommensinitiativen und solidarische Netzwerke entstanden, die neben der Begleitung zu Behörden und Arztbesuchen auch unentgeltlich medizinische Versorgung organisieren oder selbst leisten. Das Medibüro ist im letzten Sommer mehrfach angefragt worden, vor Ort an Ärzt_innen zu vermitteln oder beim Aufbau von Vor-Ort-Strukturen zu unterstützen. In den meisten Fällen ist den Wünschen nicht entsprochen worden. War es richtig, in der akuten Bedarfssituation beim Protestcamp am Oranienplatz 2014 sowie am LAGeSo 2015 keine mobile Vermittlungsstruktur durch das Medibüro aufzubauen und dem Wunsch, als Medibüro vor Ort präsent und aktiv zu sein, nicht zu entsprechen? Waren dies, bei aller berechtigten Kritik an der neoliberalen Vereinnahmung und der Übernahme staatlicher Pflichtaufgaben durch ehrenamtliche Hilfe, auch verpasste Chancen der Solidarisierung mit dem selbstorganisierten Protest von Geflüchteten? Waren es auch verpasste Chancen einer Politisierung des spontanen Engagements?

Während die Regierung massive Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts im Eiltempo durchsetzt, die weitere Versorgungslücken produzieren und staatlich zu gewährende Aufgaben weiterhin auf das Ehrenamt abwälzen, wird das ehrenamtliche Engagement von den gleichen politisch Verantwortlichen gepriesen und mit Auszeichnungen gewürdigt. Im dominanten Diskurs wird das Engagement einseitig gefeiert als Hommage an die Hilfsbereitschaft und humanitäre Wohltätigkeit der Unterstützer_innen. Geflüchtete werden hier nicht sichtbar gemacht als aktive (Rechts)Subjekte, die lautstark und selbstorganisiert für ein selbstbestimmtes, freies und menschwürdiges Leben – und die Wahrnehmung ihrer Rechte – kämpfen. Ihnen bleibt innerhalb dieses Diskurses nur die Position der dankbaren Bittsteller_innen – abhängig vom guten Willen der Helfenden. Es ist ein paternalistischer »White Charity«-Hilfediskurs, der Hierarchisierungen zwischen Helfenden und Hilfebedürftigen entlang kolonial-rassistisch geprägter Stereotype reproduziert. Die ehrenamtlichen »weißen« Helfer_innen erhalten Anerkennung und »Ehre«, während ihre »schwarzen« Gegenüber in der ihnen zugeschriebenen Position als Opfer, Objekte und Adressat_innen von Hilfsangeboten Mitleid statt Anerkennung erfahren. In dieser Logik wird das Recht auf Rechte suspendiert. Solidarische Unterstützung ist jedoch keine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern der gemeinsame Kampf um Rechte. Im politischen Diskurs gilt es daher, das »eigene Engagement ... zur Skandalisierung der gesellschaftlichen Zustände zu nutzen, die es notwendig werden lassen. Substitutionskraft und Gegenmacht müssen sich nicht ausschließen«. (3) Wann und ob dies gelingt, können wir nur im solidarisch-kritischen Diskurs mit anderen Initiativen, mit Geflüchteten und Migrant_innen entscheiden.

Burkhard Bartholome, Jessica Groß und Elène Misbach sind aktiv beim Medibüro Berlin.

Anmerkungen:

- 1) Silke van Dyk / Elène Misbach: Zur politischen Ökonomie des Helfens. Flüchtlingspolitik und Engagement im flexiblen Kapitalismus. In: Prokla 183. Schwerpunktheft: Ökonomie der Flucht und Migration. Münster 2016.
- 2) Stephan Lessenich: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld 2008.
- 3) Silke van Dyk 2014: „Selbst ist der Mensch?“ Zivilgesellschaftliches Engagement im aktivierenden Sozialstaat – eine Kritik, unveröffentlichter Vortrag anlässlich der Tagung „Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Inklusion und Exklusion“ am Institut für Soziologie der Universität Salzburg, 28. Mai 2014, Salzburg. Ähnlich siehe auch: Silke van Dyk / Emma Dowling / Tine Haubner 2016: Für ein rebellisches Engagement, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 61 (2), S. 37-40.

Kasten: Das Medibüro diskutiert – und feiert

Unter dem Motto »Es ist uns keine Ehre!« feiert das Medibüro am 22. und 23. April in Berlin 20. Geburtstag. Am Freitag findet zunächst von 18 bis 21:30 Uhr in der Werkstatt der Kulturen (Wissmannstraße 32) in Berlin-Neukölln eine Diskussionsveranstaltung statt. Es diskutieren die Soziologin Silke van Dyk, Ulrike Hamann vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, eine Aktivistin von Women in Exile, Monika Bergen von der Unterstützer_innen-Initiative Berlin-Buch sowie das Medibüro Berlin. Tags darauf wird ab 21 Uhr im Mensch Meier (Storkower Straße 121) in Berlin-Pankow zum Geburtstagsbankett geladen.